

BASis Info 5/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

05.05.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

Stahl ist Zukunft und Duisburg muss der größte Stahlstandort Europas bleiben. Das habe ich auch in meiner BASIS Info schon häufig geschrieben, aber man kann es gerade in diesen stürmischen Zeiten nicht oft genug wiederholen. Ob HKM oder Thyssenkrupp Steel: Meine SPD und ich stehen solidarisch an der Seite der Belegschaften und wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. Das galt selbstverständlich auch am vergangenen Mittwoch, als wir in Hüttenheim gemeinsam mit 7.500 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland gegen die Sparpläne von Thyssenkrupp beim Stahlaktionstag demonstriert haben.

Die Produktionsstandorte in NRW gehören zu den modernsten und effizientesten in Europa. Das ist vor allem das Verdienst der Belegschaften und die Kolleginnen und Kollegen haben nun wirklich schon genug Opfer gebracht. Der Konzern hat aber leider nicht genug in Modernisierung investiert. Die Stahlarbeiter fordern deshalb völlig zurecht Zukunftsprojekte und -konzepte für alle Standorte

und natürlich den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Wir kämpfen gemeinsam für die Standort und den Erhalt der Arbeitsplätze.



Mit dem Gewerkschaftsbeauftragten unserer NRW-Landesgruppe, Ulrich Hampel bei der Stahldemo. Wir kämpfen zusammen (und ich übrigens im neuen T-Shirt).

Mit dieser Solidarität gehen wir jetzt auch geschlossen in den Wahlkampfendspurt zur NRW-Wahl am 14. Mai. Beim TV-Duell hat Hannelore Kraft am Dienstag noch einmal sehr deutlich gemacht, dass sie die bessere Ministerpräsidentin ist, die rot-grüne Koalition unser Land nach vorn gebracht hat und wir einen klaren Plan für NRW haben. Als überzeugtes SPD-Mitglied bin ich natürlich etwas befangen, aber die Blitzumfragen nach dem TV-Duell sprechen mit 52% zu 34% Zustimmung für Hannelore

Kraft eine klare Sprache. Sogar 11 Prozent der CDU-Anhänger sahen Hannelore Kraft vorne. Wir wissen aber auch nach den aktuellen Umfragen in NRW und Schleswig-Holstein, dass jede Stimme zählt und deshalb legen wir jetzt noch mal eine Schippe drauf.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein anderes wichtiges Thema aufgreifen, das in diesen Tagen ebenfalls meine Heimatstadt intensiv beschäftigt und mich ganz persönlich bewegt: Die Zulassung der Loveparade-Anklage. Ich bin keine Juristin, aber als Mensch kann ich den Wunsch der vielen Betroffenen und Angehörigen nach Antworten sehr gut nachvollziehen. Allein deshalb halte ich die Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf für sehr wichtig. Ich hoffe sehr, dass der nun folgende Weg den Menschen bei der Aufarbeitung der unfassbaren Geschehnisse hilft. Das wünsche ich jedem und jeder einzelnen Betroffenen in jedem Fall von ganzem Herzen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Mindestpersonalstandards in Krankenhäusern

Seit langem setzt sich die SPD auf Bundes- und Länderebene für verbindliche Mindestpersonalstandards in Krankenhäusern ein. Als Gesundheitspolitikerin höre ich viel zu oft von Situationen, in denen Pflegende überlastet sind und PatientInnen sich allein gelassen fühlen. Das ist für mich absolut nicht hinnehmbar.

Immer noch erkranken in Deutschland jährlich 400.000 bis 600.000 Patientinnen und Patienten an Krankenhausinfektionen, die zu einem Teil vermieden oder beeinflusst werden könnten. Wenn man mit den beteiligten Menschen spricht und nach den Gründen fragt, wird mit Abstand am häufigsten die angespannte Personaldecke auf den Stationen genannt. Auch wissenschaftlich ist belegt, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen guter Qualität in der Krankenhausversorgung und der Ausstattung an Pflegepersonal gibt. Wir müssen also die Qualität in der Krankenhausversorgung und auch die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in Deutschland dringend verbessern.

Zu dieser Erkenntnis ist jetzt auch die Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“ gekommen, die sich seit Oktober 2015 mit der Frage einer sachgerechten Berücksichtigung des Pflegebedarfs im Vergütungssystem der Krankenhäuser

befasst hat. Ergebnis: Wir werden noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für eine dauerhaft bessere Ausstattung von Krankenhäusern mit Pflegepersonal schaffen.

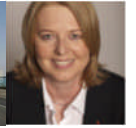
Die Krankenhäuser und Krankenkassen werden verpflichtet, Pflegepersonaluntergrenzen in Krankenhausbereichen festzulegen, in denen dies für die Patientensicherheit besonders notwendig ist - zum Beispiel auf Intensivstationen oder im Nachtdienst. Damit diese notwendigen Verbesserungen jetzt auch schnell kommen, müssen die Selbstverwaltungspartner unverzüglich einen konkreten Zeitplan vorlegen. Im Gesetzentwurf steht sehr klar, dass die Pflegepersonaluntergrenzen bis zum 30. Juni 2018 verbindlich vereinbart werden müssen. Andernfalls setzt das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) sie per Rechtsverordnung mit Wirkung zum 1. Januar 2019 fest.

Der Bund begleitet die Festlegung der Personaluntergrenzen in einem fachlichen Austausch, in den auch maßgebliche Verbände wie der Deutsche Pflegerat und die zuständigen Gewerkschaften eingebunden werden. Und auch finanziell hilft der Bund: Um dauerhaft mehr Personal beschäftigen zu können, werden die Krankenhäuser schon seit diesem Jahr durch einen Pflegezuschlag unterstützt. Ab 2019 soll dieser Zu-

schlag um die Mittel des Pflegestellen-Förderprogramms ergänzt werden und von bisher 500 Millionen Euro auf bis zu 830 Millionen Euro pro Jahr anwachsen. Da die Krankenhäuser in Abhängigkeit von ihrer Pflegepersonalausstattung von dem erhöhten Zuschlag profitieren, erhalten sie einen Anreiz, ausreichend Personal vorzuhalten bzw. einzustellen.

Da in diesem ersten, wichtigen Schritt „nur“ die Intensiv- und Nachtpflege besser ausgestattet wird, werden wir auf einen Punkt ganz besonders achten: Die Krankenhäuser dürfen jetzt nicht einfach qualifiziertes Pflegepersonal von der einen in die andere Abteilung verschieben. Und klar ist auch: Die Stärkung der intensivmedizinischen Versorgung ist ein guter und wichtiger Schritt, aber auch in anderen Abteilungen sind die Pflegenden überlastet. Langfristig müssen wir zu generellen Personalbemessungsstandards kommen. Die SPD wird sicher nicht locker lassen.

Zu den geplanten Mindestpersonalstandards für Krankenhäuser hat mich am 10. April Studio 47 live interviewt und am 28. April habe ich zu diesem wichtigen Thema im Deutschen Bundestag für meine SPD-Fraktion geredet. Die beiden Videos zum Nachschauen finden Sie mit einem Klick hier auf meiner Website: <http://www.baerbelbas.de/medien/videos.html>.



Wir sind viele. Wir sind eins. Und wir sind auch sturmerprobt: Am 1. Mai waren wir trotz Regen wieder draußen und haben uns am Tag der Arbeit für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt. Als Sozialdemokratin und Gewerkschafterin natürlich Ehrensache.

Mitmachen beim PPP!

Seit 1. Mai läuft die Bewerbungsphase für SchülerInnen und junge Berufstätige, die mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm (PPP) ein Austauschjahr in den USA machen wollen. Gleichzeitig werden für US-StipendiatInnen Gasteltern in Duisburg gesucht.

Das PPP-Stipendium umfasst alle Kosten für Reise, Vorbereitung, Betreuung sowie Versicherungen. Wir Bundestagsabgeordneten nominieren die StipendiatInnen und übernehmen eine Patenschaft.

Alle Informationen gibt es in meinem Wahlkreisbüro, auf www.baerbelbas.de oder auf www.bundestag.de/ppp. Bewerbungsschluss: 15.09.2017.

Bund unterstützt neuen Wald in Rheinhausen

Rheinhausen bekommt einen neuen Wald und der Bund unterstützt dieses Projekt im Rahmen der Kommunalen Investitionsoffensive (KIDU). Das Amt für Umwelt und Grün pflanzt jetzt auf einer Fläche von 45.000 m² rund 30.000 Bäume und Sträucher direkt am Rhein. Zusammen mit OB Sören Link und MdB Mahmut Özdemir habe ich mich über die Arbeiten in Rheinhausen informiert und gleich mitangepackt.



Bund & Stadt ziehen an einem Strang für Duisburg

Dieser neue Wald in Rheinhausen ist ein sehr gutes Projekt, denn Waldflächen sind für die Erholung der Menschen und den Klimaschutz wichtig. Die Kosten des Projektes liegen bei rund 153.000 Euro und das Projekt wird aus Mitteln der Kommunalen Investitionsoffensive KIDU gefördert. Dabei investiert unsere Stadt mehr als 81 Millionen Euro, rund 73 Millionen Euro kommen als Unterstützung vom Bund.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++06.05.: SPD-Hafenrundfahrt+++

SPD-

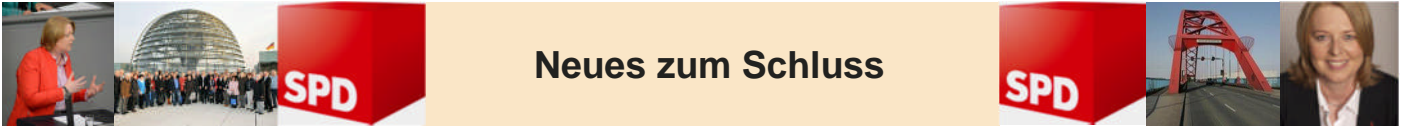
+++13.05.: Tag der Vereine in Wanheimerort+++

+++21.05.: Aufstiegsfeier des MSV Duisburg+++

+++11.05.: Jubilarehrung Hochfeld-Nord+++

+++14.05.: Landtagswahl in NRW+++

+++Weitere Termine: www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss

Girls' Day 2017: Mehr Frauen in die Politik



Wie sieht der Arbeitstag von Abgeordneten aus und was hat Politik mit mir zu tun? Ihre Fragen rund um die Politik im Deutschen Bundestag konnte

Samira Heuser von der Lise-Meitner-Gesamtschule am Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin loswerden. Samira war auf

meine Einladung hin aus Duisburg gekommen, um mir bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und einen Einblick in die Bundespolitik zu bekommen. Insgesamt waren 90 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik dabei. Der Girls' Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Das Thema Gleichberechtigung und Chancengleichheit ist Kern der sozialdemokratischen Identität. Deshalb ist es mir ein ganz besonderes Anliegen, diese tolle Initiative zu unterstützen.

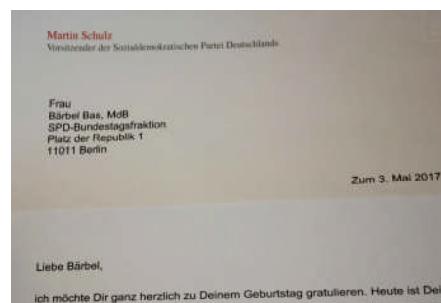
Mein Tagebuch

Besondere Ehre für eine Sozialdemokratin: Beim Schützenfest der St. Sebastianus Schützenbruderschaft von 1420 e.V. habe ich die Schirmherrschaft übernommen. In meinem Grußwort betone ich u.a.: „Dass Duisburgs ältester Schützenverein seit fast 600 Jahren so lebendig ist und so aktiv die Gemeinschaft mit gestaltet zeigt, wie wichtig Brauchtum und Traditionen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind.“
Weitere Informationen: <http://www.1420-duisburg.de>.

Bei den Einführungsveranstaltungen für unsere Wahlkreis-kandidatInnen informiere ich als Parlamentarische Ge-

schäftsführerin über meine Schwerpunktthemen und habe von unserer 1. PGF Christine Lambrecht einen abenteuerlichen Titel bekommen: „Herrin der Räume“.

Martin Schulz tourt gerade durch die Landtagswahlkämpfe, parallel arbeitet unsere SPD am Regierungsprogramm. Zeit für Geburtstagsbriefe bleibt aber auch:



Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607